Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1928

18.10.1928 (No. 244)

Visual Library

Nr. 244 Donnerstag, den 18. Oktober 1928 171. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferster Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Parker Gilberts Londoner Besprechungen

Reparationen und interalliierte Schulden

WTB. **London**, 18. Okt. (Tel.) Zur Anwesenheit des Reparationsagenten in London schreibt „Daily Telegraph": Die Besprechungen, die Parker Gilbert gegenwärtig mit **Churchill** und führenden Beamten des Schatzamtes hat, beziehen sich auf seinen Vorschlag, daß die **deutschen Gesamtverpflichtungen vermindert und endgültig festgesetzt** werden sollten, daß Deutschland sich zur Bezahlung dieser verminderten Summe verpflichten soll und daß der Transferausschuß aufgelöst wird.

In **englischen maßgebenden Kreisen** werde aber, so führt das Blatt aus, die Notwendigkeit einer Revision des Reparationsplanes **nicht für so dringend** angesehen. Deutschland habe bisher seine Verpflichtungen aus dem Dawesplan ohne Mühe erfüllt, und es scheine kein Grund zu der Sorge zu bestehen, daß es nicht imstande sein wird, die volle Annuität im Laufe des gegenwärtigen Dawesfinanzjahres zu bezahlen. Außerdem werde eine Herabsetzung der Gesamtentschädigung ohne eine **gleichzeitige** entsprechende **Verminderung** der **alliierten Kriegsschulden** an die Vereinigten Staaten eine sehr schwere Last auf England legen, denn die kontinentalen Alliierten würden wie früher auch diesmal wieder fordern, daß die gesamten Reparationen den zerstörten Gebieten zugute kommen.

Parker Gilbert selbst — heißt es in dem Artikel weiter — gibt zu, daß **keine unmittelbare Aussicht** auf eine Revision der verschiedenen Schuldenfundierungsabkommen durch **Amerika** besteht. Er teilt auch die Ansicht der britischen Sachverständigen, daß gegenwärtig nur ein kleiner Teil der Dawesentschädigung in Form von Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt mobil gemacht werden könnte und auch dieser kleine Teil nur gegen hohen Diskont. Andererseits ist das britische Schatzamt geneigt, dem Generalagenten beizupflichten, daß es ratsam wäre, die Transferklausel des Dawesplanes zu beseitigen, wenn Deutschland eine entsprechende Garantie bieten kann, die aber erst noch gefunden werden müßte.

Der Korrespondent meint, wahrscheinlich werde die Frage nach Erledigung der **amerikanischen Präsidentschaftswahlen** wieder mit dem britischen und den anderen alliierten Schatzämtern erörtert werden. Bis dahin müsse die ganze Frage in der Schwebe bleiben.

*

Danach scheinen noch **viele Schwierigkeiten** einer endgültigen Regelung des Reparationsproblems entgegenzustehen. Die Verhandlungen Parker Gilberts mit **Frankreich** über dieses Problem sind, wie es heißt, ergebnislos verlaufen. Aus verschiedenen Vorgängen muß man den Eindruck gewinnen, daß zwischen **England und Frankreich** auch in dieser Hinsicht mehr oder weniger weitgehende Bindungen bestehen.

Die Thüringer Dauerkrise

Der Unterhändler für die Regierungsbildung in Thüringen, der volksparteiliche Abgeordnete **Bauer**, hat Mittwoch abend eine offizielle Mitteilung ergehen lassen, in der es heißt, die Verhandlungen, die anscheinend in den letzten Tagen günstig verliefen, seien wider Erwarten **ergebnislos** geblieben. Abg. Bauer hat sich weitere Schritte vorbehalten.

Die zuletzt behandelte Ministerliste bestand aus zwei Fachministern, zwei Mitgliedern des Landbundes, sowie je einer Persönlichkeit der Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftspartei. Letztere erklärte, daß sie ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt sehe. Es ist jedoch anzunehmen, daß Abg. Bauer obige Ministerliste dem Landtage zur Annahme empfehlen wird.

Verkehrsstörung auf der Arlbergbahn

Infolge von Talstürzen ist die Arlbergbahn in Strecke Pettneu—Flirsch vollständig unterbrochen. Der internationale Schnellzugsverkehr Paris—Wien wird ab Feldkirch über Bregenz—Lindau—München—Salzburg umgeleitet. Bei sämtlichen Personenzügen wird der Verkehr durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Ein neuer Transozeanflug.

Der englische Flieger Mac Donald ist am Mittwochmittag in Harbour Grace (Neufundland) in einem Moth-Leichtflugzeug zu einem Flug nach England aufgestiegen. Mac Donald überflog abends 5.30 Uhr die Bacallieuinselgruppe mit genauem Kurs nach Osten. Sein Flugzeug besitzt nur einen 8-PS-Motor und hat 100 Gallonen Betriebsstoff an Bord.

v. Hünefeld auf dem Wege nach Tokio.

Frhr. v. Hünefeld und Lindner **sind mit der „Europa"** von Shanghai nach Tokio gestartet.

WTB. **Tokio**, 18. Okt. (Tel.) Freiherr v. Hünefeld und Lindner mußten heute um 14.30 Uhr eine **Notlandung** in einem **südlichen Vorort** von Tokio vornehmen. Hünefelds Flugzeug, das sich seit Schanhai in ununterbrochenem Fluge befand, war durch ein **Gewitter schwer beschädigt** worden. Die Flieger sind unverletzt.

Das Unglücksflugzeug Amundsens

WTB. **Oslo**, 18. Okt. (Tel.) Das in Vallersund unweit Drontheim eingetroffene Fischerboot „Leif" fand bei 64 Grad 52 Minuten nördlicher Breite und 8 Grad 50 Minuten östlicher Länge einen auf dem Meere treibenden **Benzinbehälter** des Flugzeuges **„Lathan"** und fischte ihn auf. Der Behälter ist unbeschädigt. Darauf waren zwei Zeilen mit Bleistift geschrieben worden, da aber der Farbanstrich abgefallen ist, sind diese Zeilen kaum mehr zu lesen. Man glaubt, die Zeichen entziffern zu können: „accie 20 X I". Vielleicht sind die Silben „accie" die ersten des Wortes „accident" (Unfall) und die Ziffern geben die Position des Flugzeuges an, das sich dann **östlich der Bäreninsel** befunden hätte.

Letzte Nachrichten

Parker Gilbert Notenbankpräsident?

M. Berlin, 18. Okt. (Priv.-Tel.) Für den durch den kürzlich erfolgten Tod Benjamin Strongs verwaisten Posten des Gouverneurs der amerikanischen Notenbank, der augenblicklich von Garrah verwaltet wird, kommt neben zwei anderen Persönlichkeiten in erster Linie der Generalagent für die Reparationen, Parker Gilbert, in Frage, der dann aus diesem Amt ausscheiden müßte.

Das Nachrichtenmonopol beim Zeppelinflug

M. Berlin, 18. Okt. (Priv.-Tel.). Zu den Angriffen auf das Nachrichtenmonopol des „Zeppelins" während seiner Amerikafahrt, das nur einigen deutschen und amerikanischen Zeitungen gegeben worden ist, erfahren wir, daß sowohl die Reichspressestelle wie das Reichsverkehrsministerium bis zum letzten Augenblick versucht haben, eine Änderung zu erreichen. Nach den Erfahrungen dieser letzten Wochen ist nunmehr Ministerialdirektor Brandenburg, der bekanntlich an der Fahrt teilgenommen hat, beauftragt worden, noch einmal mit Dr. Eckener in diesem Sinne zu verhandeln.

Deutschland und Rumänien

M. Berlin, 18. Okt. (Priv.-Tel.) Zu Meldungen über einen Abschluß der deutsch-rumänischen Verhandlungen erfahren wir, daß diese unzutreffend sind. Deutschland hat vielmehr in bezug auf frühere gegenseitige Geldverpflichtungen (Bankgeneralnoten) und rumänische Anleihen in Deutschland) einen neuen letzten Vorschlag gemacht, auf den nunmehr die endgültige Entscheidung erwartet wird.

Der Kampf in der polnischen Sozialdemokratie

WTB. **Warschau**, 18. Okt. (Tel.) Der in Händen der regierungsoppositionellen **Sozialdemokraten** befindliche **zentrale Vollzugsausschuß** der Partei hat gestern das Warschauer **Arbeiterbezirkskomitee**, das sich aus durchaus **pilsudskifreundlichen** Sozialdemokraten zusammensetzt, von seiner Tätigkeit suspendiert. Das Arbeiterbezirkskomitee, dem dieser Kampfbeschluß von seinem Führer, dem Warschauer Stadtpräsidenten **Jaworowski**, mitgeteilt wurde, hat darauf beschlossen, diese Verfügung nicht zur Kenntnis zu nehmen. Damit ist der **Kampf innerhalb der polnischen sozialdemokratischen Partei** in eine neue entscheidende Phase getreten.

Zusammentritt des Reichstags am 13. November

Die Annahme, daß der Reichstag etwa um den 12. November wieder zusammentreten wird, bestätigt sich, wenn auch endgültige Vereinbarungen über den Termin noch vorbehalten sind. Da der 12. November ein Montag ist, der als Eröffnungstermin nicht beliebt ist, nimmt Präsident **Löbe** an, daß der **Dienstag, der 13. November**, für den Beginn des Reichstagsplenums bestimmt werden wird. Als Beratungsstoff ist zunächst an eine **außenpolitische Debatte** über die Genfer Verhandlungen gedacht. Daran könnte sich die Aussprache über den schon vorliegenden kommunistischen Antrag sowie den noch zu erwartenden Antrag der Sozialdemokraten gegen die Fortführung des **Panzerkreuzerbaues** anschließen.

Neben belanglosen Beratungsgegenständen wird dem Reichstag die **erste Beratung des Etats für 1929** beschäftigen. Der Etat dürfte etwa gegen Ende November dem Reichstag zugehen. Außerdem soll vor der Weihnachtspause noch das Gesetz über die **Erweiterung der Unfallversicherung** auf Krankenhäuser, Feuerwehren usw. erledigt werden.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion wird heute Donnerstag nachmittag um 4 Uhr in **Berlin** zu einer Sitzung zusammentreten, die in der Hauptsache der Vorbereitung der deutschnationalen Vertretertagung am Samstag und Sonntag gilt. Auf dieser Tagung der Parteileitung und des Parteiausschusses sollen alle aktuellen politischen Probleme erörtert werden, insbesondere erhofft man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter hört, „eine Lösung der Führerfrage innerhalb der Partei".

Die württembergischen Gemeinderatswahlen werden in allen Städten, auch in der Landeshauptstadt Stuttgart, am **9. Dezember** erfolgen. Da bis zu diesem Zeitpunkt das Gesetz über die neue Gemeindeordnung nicht verabschiedet sein kann, weil der Landtag erst am 20. November zusammentritt, werden die Wahlen nach den bisherigen Gesetzen durchgeführt werden.

Reichstagsabgeordneter Lobe — Hospitant der Demokratischen Partei. Der frühere Senatspräsident beim Reichsgericht und Reichstagsabgeordneter **Lobe**, der von der Volksrechtspartei des Wahlkreises Chemnitz in den Reichstag gewählt worden war, ist, wie die „Voss. Ztg." erfährt, der Demokratischen Partei als Hospitant beigetreten. Lobe wird, dem gleichen Blatt zufolge, im Strafgerichtsausschuß des Reichstages einen Sitz der Deutschdemokratischen Partei einnehmen.

Zum kommunistischen Volksbegehren gegen den Bau von Panzerkreuzern haben sich eingetragen: in **Stuttgart**-Stadt 11 616, Ulm-Stadt 180, Heilbronn-Stadt 708, Eßlingen-Stadt 157, Reutlingen-Stadt 126, Ludwigsburg-Stadt 251. — In **Frankfurt** a. M. beträgt das vorläufige Ergebnis 15 437 Stimmen. Von 406 000 Wahlberechtigten haben sich also nur 3,7 Proz. in die Listen eingeschrieben.

*Hugenberg und die Deutschnationalen

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei spitzen sich zu zu einem **Kampf um die Führerschaft**. Und **Hugenberg** soll der Führer der Zukunft sein.

Wie ist die ganze Krisis entstanden? Einzig und allein dadurch, daß in der Deutschnationalen Volkspartei eine Richtung Oberwasser gewann, welche die Forderung aufstellte, man müsse den Standpunkt unfruchtbarer Opposition dem neuen Staat und dem Parlamentarismus gegenüber verlassen und — allerdings unter Wahrung der parteipolitischen Prinzipien — im neuen Staate **mitarbeiten**.

Die deutschnationalen Führer dieser Richtung haben damit zweifellos im Sinne einer vernünftigen Staatspolitik gehandelt, aber sie haben wahrscheinlich keine rechte Vorstellung gehabt von den **Schwierigkeiten**, die sich nunmehr für ihre Partei ergeben mußten. Denn es ist eben **nicht ganz einfach**, reaktionäre und monarchistische Parteiprinzipien mit der Mitarbeit im neuen, republikanischen und parlamentarischen Staat zu **vereinigen**. Es gehört viel Geschick und auch viel politische Unbedenklichkeit dazu. Dann aber gehört dazu, daß wirklich das Gros der Partei auch hinter ihren Führern steht.

Waren alle diese Voraussetzungen gegeben? An der nötigen Unbedenklichkeit hat es den deutschnationalen Führern, welche die Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum befürworteten und sich bereit erklärten, wenigstens nach außenhin der Republik zu geben, was der Republik gebührt, nicht gefehlt. Und im allgemeinen wird man auch sagen können, daß sie ein recht beträchtliches Maß von Gewandtheit mit sich brachten. **Aber sie waren von Anfang an nicht Herren ihrer Partei, nicht Herren ihrer Wähler.** Und so haben sie es zugelassen, daß draußen im Lande die reaktionäre Agitation alten Stils getreulich fortgesetzt wurde, während innen im Kabinett der Koalition eine Politik gemacht wurde, die in manchen Punkten (Locarnopolitik, Republikschutzgesetzgebung usw.) zu den Anschauungen der deutschnationalen Wähler paßte wie die Faust aufs Auge. Wir haben seinerzeit wiederholt auf diesen Widerspruch hingewiesen.

Je mehr die deutschnationalen Minister sich für die Außenpolitik Stresemanns engagieren mußten, umso rabiater wurden die Wähler. Und je wilder sich die Wähler gebärdeten, umso schwieriger wurde die Stellung der deutschnationalen Minister im Kabinett. Als dann noch zu allem Überfluß die deutschnationalen Landwirte sehen mußten, daß auch ein Kabinett unter **deutschnationalem** Einfluß gewisse Erscheinungen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht einfach hinwegzaubern kann, wurde die Enttäuschung immer größer und größer. Und sie entlud sich bei der Reichstagswahl: die Deutschnationalen erlitten eine **schwere Niederlage**.

Schon vorher hatten ihnen die bisherigen Koalitionsgenossen mehr oder minder offen erklärt, daß nach einer Wahlniederlage der Deutschnationalen eine Erneuerung des Bündnisses mit ihnen **nicht** in Frage kommen könnte: die Deutschnationale Volkspartei wurde **ausgebootet**. Gefühlsmäßig hat auch diese Tatsache stark auf die deutschnationalen Wählermassen eingewirkt. Und grade diejenigen, die von vornherein gegen die Beteiligung an der Regierung waren, konnten nun mit einem Schein von Recht sagen: „Da habt ihrs!" Erst habt ihr im neuen Staat mitgearbeitet, habt damit die Partei in eine Krisis gestürzt, und nun bekommt ihr den Stuhl vor die Türe gesetzt!" Es war klar, daß in der Deutschnationalen Volkspartei der Pendel, der in der letzten Zeit nach der Richtung der Staatsbejahung ausgeschlagen hatte, nunmehr nach der andern Richtung hin schwingen würde. Die Deutschnationalen zogen mit finsteren Mienen **ins Lager der Opposition**, und zwar einer recht schroffen Opposition. Der ihnen nahestehende **„Stahlhelm"** aber erweiterte diese Opposition noch zur haßwütigen Feindschaft.

Jetzt soll auf der nächsten Parteitagung diese neue Entwicklung innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei auch organisatorisch, auch in der **Verteilung der Ämter** festgelegt werden. Eine mächtige Bewegung ist im Gange, Herrn **Hugenberg**, dem Großindustriellen und Beherrscher des wichtigsten Teils der deutschnationalen Presse, **die Führung der Partei zu übertragen**, und zwar mög-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lichst die alleinige und sozusagen diktatorische Führung. Die Minorität schlägt demgegenüber Herrn Hergt, also einen der Reichsminister des verflossenen Kabinetts, als Führer vor und wird, wenn sie unterliegt, wenigstens die Bildung eines **dreiköpfigen Direktoriums** beantragen, damit auf diese Weise ein Mann ihrer Richtung irgendwie an die Spitze der Partei gelangt. Sollte ein solches Direktorium gebildet werden, dan kann man aber heute schon mit Sicherheit annehmen, daß **Hugenberg gleichwohl der wirklich gebietende Führer sein wird.**

Der rechte Flügel der Deutschnationalen verspricht sich von alledem recht viel Günstiges für die Partei. Die Zeit wird lehren, ob diese Hoffnungen in Erfüllung gehen. Vielleicht hat die Deutschnationale Volkspartei doch schon zu sehr aus dem Becher einer bejahenden Staatspolitik getrunken, als daß sie nun auf die Dauer in einer Politik der Opposition und Negation Befriedigung finden könnte. Und ob sie parteipolitischen **Nutzen** aus der Opposition ziehen wird, das ist gleichfalls eine Frage, die noch durchaus offen bleibt.

Die Kavallerieschule in Hannover

Der am Mittwoch u. a. in Anwesenheit des Reichswehrministers **Gröner**, des Chefs der Heeresleitung General **Heye**, des Oberpräsidenten Noske erfolgten feierlichen Einweihung des Erweiterungsbaues der Kavallerieschule in Hannover konnte Reichspräsident **v. Hindenburg** wegen des Trauerfalls in seiner Familie nicht beiwohnen.

In seinem Namen übermittelte General **Heye** eine **Ansprache Hindenburgs**, die sich mit der Erziehung des Offiziersersatzes beschäftigt. Die Kavallerie sei in unserem kleinen Heer verhältnismäßig zahlreich vertreten und ihre Aufgaben hätten sich gegen früher wesentlich verändert und erweitert. Umso größer seien die Anforderungen geworden, die an die Offiziere dieser Waffe gestellt werden müssen. Erblicken Sie in Ihren Mannschaften ein Ihnen anvertrautes kostbares Gut des Vaterlandes. Machen Sie sich im Verkehr mit Ihresgleichen den Begriff der Kameradschaft recht klar. Sie ist mehr als eine alltägliche Freundschaft. Seien Sie stolz auf Ihren Beruf, aber überheben Sie sich nicht anderen Ständen gegenüber. Wahre Ritterlichkeit bedarf dessen nicht. Vor allem aber halten Sie den Schild Ihrer Ehre rein. Das ist kurz das, was ich Ihnen als Offizier der alten Armee, deren ruhmreiche Tradition Sie fortsetzen sollen, und als Ihr jetziger Oberbefehlshaber und ältester Kamerad in dieser Stunde mit auf den Weg geben will. Ich lasse die neue Kavallerieschule in der festen Erwartung eröffnen, daß sie die Pflanzstätte aller militärischen Tugenden sein und in ihr der Geist eines Seydlitz und Ziethen, eines Blücher und Schlieffen walten wird.

Grenz-, Paß- und Niederlassungswesen in der Schweiz

In **Frauenfeld** (Schweiz) hielten die kommunalen Polizeidirektoren eine Tagung ab, um sich mit den Fragen des Grenz-, Paß- und Niederlassungswesens zu beschäftigen. Die Versammlung erörterte vor allem die Frage, ob nicht auf den absoluten Paßzwang verzichtet werden soll, wie es im Grenzverkehr heute schon geübt wird. Die schweizerischen Vertreter der Behörden glauben, daß heute die weit ausgebaute Inlandskontrolle den Verzicht auf den Paß unter Umständen erlaube, wenn auch das Ausland Gegenseitigkeit einräume. Gegenüber Staatenlosen will die Schweiz so verfahren, daß, wenn dieselben im Besitz eines sogenannten Landespasses sind, in dem ihnen die Rückreise in ein bestimmtes Land gesichert ist, sie dann auch das Visum zu einer Reise nach der Schweiz erhalten. Die Polizeidirektoren betonten, daß es im Interesse der Schweiz liege, für Erleichterungen im Grenz- und Paßverkehr einzutreten.

Arbeitswiederaufnahme im Waldenburger Revier. Nachdem der von beiden Teilen abgelehnte Schiedsspruch im Waldenburger Streik vom Reichsarbeitsminister als verbindlich erklärt worden ist, haben die beteiligten Gewerkschaften am Mittwoch einen Aufruf veröffentlicht, worin der Abbruch des Streiks und die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit verkündet wird.

Verhandlungen zwischen Seeleuten und Reedern. In den Tarifverhandlungen zwischen den im Deutschen Verkehrsbund organisierten Seeleuten und Vertretern des Verbandes deutscher Reeder wurde, wie aus **Hamburg** gemeldet wird, am Mittwoch eine Einigung nicht erzielt. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Die Vertreter der Reeder bezeichneten die Forderungen der Seeleute als im Augenblick untragbar und ersuchten, die geltenden Heuerverträge für längere Zeit weiter bestehen zu lassen.

Der transatlantische Luftverkehr

Dr. Eckener über seine Pläne.

Den New-Yorker Blättern zufolge, erklärte Dr. **Eckener**, der Flug des „Graf Zeppelin" habe gezeigt, daß für einen regelmäßigen Transatlantikverkehr **schnellere** Luftschiffe, sowie ein **stärkerer Stoff** für Stabilisierungsflächen und Heck der Luftschiffe erforderlich seien. Dr. Eckener sprach die Ansicht aus, daß wenn das nötige Kapital von **14 Millionen Dollar** zum Bau von vier Zeppelinen und zwei Flugzeughallen aufgebracht werden könne, der reguläre Luftverkehr in drei oder vier Jahren eingerichtet werden könnte.

Dr. **Eckener** bezeichnete **Baltimore** oder **Washington** als geeigneter für die Einrichtung des Endpunktes der Luftschifflinie, da in der Nachbarschaft von Lakehurst dauernd mit dem Auftreten gefährlicher Windströmungen gerechnet werden müsse. Der **deutsche Ausgangsflugplatz würde im Rheintal** irgendwo in der Nähe von Basel statt in Friedrichshafen einzurichten sein. Wieviel Passagiere er auf die Kreuzfahrt nach dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten mitnehmen werde, wisse er noch nicht. Auch die Frage, wie hoch das Fahrgeld bemessen sei, sei noch nicht geregelt. Der **Start zur Rückfahrt nach Deutschland** werde etwa am **28. oder 29. Oktober** erfolgen. Wenn die Wetterbedingungen ebenso ungünstig sein sollten wie zurzeit, werde ein mehr südlicher Kurs gewählt werden.

*

WTB. London, 18. Okt. (Tel.) Wie die Blätter aus New York melden, hat Dr. Eckener die Absicht, bei dem **geplanten Flug über die Staaten des mittleren Westens** so viel Passagiere wie möglich mitzunehmen. Man wird zwei Tage über dem Gebiet zwischen New York und Detroit kreuzen. Dr. Eckener beabsichtige, diese Luftreise in der ersten Hälfte der nächsten Woche zu unternehmen und hoffe dann, unmittelbar darauf **nach Deutschland zurückfahren** zu können. Während seines Aufenthalts werde Dr. Eckener Besprechungen mit einer Anzahl amerikanischer Kapitalisten haben. Es handle sich um die Gewährung von Krediten. Von den 14 Millionen Dollars, die als wünschenswerte Summe genannt worden seien, seien 8 Millionen für den Bau von vier neuen noch größeren Luftschiffen und die übrigen 6 Millionen für den Bau von Landungsplätzen in Amerika und Europa bestimmt. Man glaube, daß bei Einrichtung eines **regelmäßigen transatlantischen Luftdienstes** die Zahl der Passagiere verhältnismäßig gering sein werde, da ausgerechnet worden sei, daß es viel vorteilhafter wäre, Briefe zu 50 Cents (2 *RM*) das Stück zu befördern, als Passagiere zu einem Fahrpreis von je 3000 Dollars.

Commander Rosendahl über seine Fahrterlebnisse

WTB. New York, 18. Okt. (Tel.) Commander **Rosendahl** gab heute im Rundfunk eine Schilderung der Fahrt des „Graf Zeppelin". Er erklärte, die Fahrt habe unbestreitbar die **Epoche des Passagier-, Fracht- und Postverkehrs** über den Ozean mit Fahrzeugen nach dem „Leichter-als-die-Luft-Prinzip" eingeleitet. Dem amerikanischen Volke sei dringend ans Herz zu legen, mit dem Bau von Luftschiffen zu beginnen. — Commander Rosendahl schilderte sodann die Fahrt. In den ersten Stunden habe das Leben an Bord ziemlich genau dem geglichen, wie man es von den großen Ozeandampfern her kenne. Dann aber, als man in stürmisches Wetter geriet und die Stabilisierungsflosse zerriß, habe sich das Bild etwas aufregender gestaltet. Durch den Defekt war eine Verringerung der Fahrtgeschwindigkeit notwendig geworden, um die Gefahr für die mit der Ausführung der Reperaturen betrauten Mitglieder der Besatzung zu verringern, andererseits mußte das Luftschiff eine gewisse Fahrt behalten, um den gewaltigen Schiffskörper im Sturm die Steuerfähigkeit zu erhalten. Dr. Eckener hat keinen Augenblick gezweifelt, daß er imstande sein werde, das Schiff in der Luft zu halten. Seit dem Vorfall am Samstag wagten wir niemals wieder, die Maschinen auf volle Kraft laufen zu lassen. Fast bis zum Schluß der Fahrt hatten wir dabei mit Gegenwinden zu kämpfen.

Eine Untersuchung wegen der Zwischenfälle

WTB. New York, 18. Okt. (Tel.) Der Chef der Staatspolizei von New Jersey, **Schwarzkopf**, erklärte der „Staatszeitung" zufolge, daß auf Grund der Berichte über angebliche Unhöflichkeit und Pflichtvernachlässigung der **Staatspolizisten** in Lakehurst eine **Untersuchung** eingeleitet worden sei. Sollte diese irgendwelche Beweise ergeben, so würde gegen die Schuldigen vorgegangen werden.

Postflugverkehr Sevilla—Buenos Aires

WTB. Buenos Aires, 18. Okt. (Tel.) Die **Postverwaltung** hat eine Privatgesellschaft ermächtigt, die Postbeförderung zwischen Sevilla und Buenos Aires mit **Luftschiffen** durchzuführen. Die Beförderungszeit darf vier Tage nicht überschreiten.

Tariferhöhung bei den österreichischen Bundesbahnen. Wie die Wiener Blätter schreiben, soll auf Neujahr eine 10prozentige Erhöhung der Personentarife sowie eine etwa 14prozentige Erhöhung der Frachtentarife auf den österreichischen Bundesbahnen erfolgen.

Badischer Teil

Verband Südwestdeutscher Industrieller

I.

Am Mittwoch, den 10., und Donerstag, den 11. Oktober d. J., fand in **Freiburg i. Br.** die **16. ordentliche Jahresversammlung des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller** (22. Jahr des Bestehens) unter sehr zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern aus allen Teilen des Verbandsgebietes statt.

Die Tagungen begannen am Mittwoch, den 10. Oktober, vormittags mit der 67. ordentlichen Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes, auf die am gleichen Tage nachmittags eine **Generalversammlung der Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller** (Verband Badischer Wasserkraftbesitzer, Sektion Rheinpfalz und Hessen) folgte. Am Donnerstag, den 11. Oktober, fand sodann die **16. ordentliche Generalversammlung** im historischen Kaufhaussaal zu Freiburg i. Br. statt.

*

Die 16. ordentliche Generalversammlung des Verbandes wurde von dem Vorsitzenden des Präsidiums des Verbandes, Kommerzienrat **Stoeß**, Heidelberg, eröffnet, indem er u. a. als Vertreter der badischen Regierung Landeskommissär Geh. Rat **Schwoerer**, Freiburg, begrüßte. Der Verband müsse nachdem eine Ermäßigung bei den unteren Stufen der Einkommensteuer erfolgt sei, eine Senkung der Einkommensbesteuerung auch in den mittleren und oberen Stufen dringend fordern, da gerade bei diesen die Progressionen außerordentlich scharfe und drückende seien. Ebenso muß im Interesse der Industrie und Wirtschaft unbedingt eine Senkung der Realsteuerbelastung eintreten und die Regelung des Finanzausgleiches alsbald durchgeführt werden. Die derzeitige steuerliche Belastung insbesondere unserer badischen Industrie sei im Zusammenhang mit der steigenden sozialen Belastung eine derartig weitgehende, daß hierdurch nicht nur die für die Wirtschaft auch im allgemeinen Interesse notwendige Weiterentwicklung der Industrie stark behindert, Kapitalneubildung verhindert und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie nicht nur gegenüber dem Auslande, sondern auch im Inlande beeinträchtigt werde, zumal die von der Industrie bis zuletzt bekämpfte Erhöhung der Eisenbahngütertarife inzwischen Tatsache geworden sei, die sich für unsere, an der Südwestecke des Reiches gelegene badische und südwestdeutsche Industrie natürlich besonders nachteilig auswirken müsse. Die weitere soziale Belastung der Industrie müsse sich nach den Exportmöglichkeiten richten.

Hierauf folgten Ansprachen der Vertreter der Regierung, der Behörden, der Stadt Freiburg usw. Landeskommissär Geh. Rat **Schwoerer**, Freiburg, übermittelte den Dank für die Einladung, und überbrachte die Grüße und herzliche Wünsche insbesondere des Innen- und des Finanzministeriums; Ministerialrat Dr. Scheffelmeier, der dringlich in letzter Stunde in Karlsruhe festgehalten worden sei, bedauere lebhaft, auf seine persönliche Teilnahme verzichten zu müssen. Es bedürfe keiner eingehenden Darlegung der engen Verbundenheit der Organe der Staatsverwaltung mit dem Industriellen-Verband in gemeinsamer Arbeit bei Förderung gemeinsamer Interessen zum Wiederaufbau der Wirtschaft. Die Schwierigkeit der Probleme, deren Lösung zur Erörterung gestellt sei, ergebe sich aus den Worten des Herrn Präsidenten; für die **südwestdeutsche Industrie** lägen neben den allgemeinen für die deutsche Industrie durch den Zusammenbruch hervorgerufenen schlimmen Folgen noch besondere Schwierigkeiten vor, die mit der **geographischen Lage** unseres Grenzlandes zusammenhingen. Redner weist darauf hin, wie die enge Verbundenheit zwischen Staatsverwaltung und dem Verband der Südwestdeutschen Industriellen u. a. bei der diesjährigen Tagung dadurch in Erscheinung getreten sei, daß in der Verhandlung am Mittwoch der erste Vortrag wasserwirtschaftliche Fragen des Oberrheins behandelt habe, und das Referat von dem Präsidenten der Wasser- und Straßenbaudirektion, Dr. **Fuchs**, erstattet worden sei. Redner schloß mit den besten Wünschen für den Verlauf der Tagung, für weitere Aufwärtsentwicklung und erfolgreiche weitere Betätigung des Verbandes beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft zum Segen unserer gesamten Volkswirtschaft.

Dann sprach Oberbürgermeister Dr. **Bender**, Freiburg i. Br., der auf die Ansiedlungsmöglichkeiten neuer Industrien in Freiburg einging. Die Stadtverwaltung habe alles getan, um die Niederlassung eines wichtigen großen neuen Unternehmens in Freiburg (Deutsche Azetat-Kunstseiden-A.-G., Rhodiaseta) herbeiführen, und will auch weiteren geeigneten Industrien die Niederlassung erleichtern. Der Oberbürgermeister erörterte dann weiter die Verbundenheit der Städte und der Industrie und bat, daß die Industrie und das gesamte private Wirtschaftsleben den Bemühungen der Staote, zu einer vernünftigen, den Interessen des Volkes und insbesondere auch der Industrie dienenden Regelung der Kapitalaufnahmen zu

Freiburger Theaterbrief

Freiburg, 10. Oktober.

-er. Im Schauspiel drei Erstaufführungen, ein Berliner Gastspiel und eine Uraufführung, in der Oper zwei Neuheiten, in der Operette eine: man muß zugeben, daß der erste Monat dieser Spielzeit mit erfreulichem Hochdruck einsetzte. Das bis jetzt Gebotene zeigte durchweg Niveau, besonders nach der Richtung eines geschlossenen Zusammenspiels und in der sorgfältigen Ausfeilung des einzelnen. Was das Schauspielensemble mit dem neuen Heldendarsteller- Paul Becker aus Dresden gewonnen hat, steht zum mindesten für die Verkörperung von urwüchsig naiven Kraftnaturen unzweifelhaft fest; wie er sich auch für die der differenzierten, problematischen Charaktere bewährt, bleibt einstweilen eine offene Frage. Carl Zuckmayers auch hier erfolgreiches Volksstück **„Schinderhannes"** zeigte Becker im Mittelpunkt und wie aus einem Guß. Die Inszenierung des Intendanten Krüger mit den Landschaftsbildern Kolter ten Hoontes gab dem Werk eine wirksame Atmosphäre und lebhafte Bewegtheit, das dichterisch Schöne trat vor allem auch durch die naturhafte Schlichtheit Inge Conradis als Julchen in Erscheinung. Die andere Neuheit, das amerikanische Kriminalstück **„Der Prozeß Mary Dugan"** von Bayard Veiller schlug mächtig ein, die raffinierte Theatertechnik hielt das Publikum in fiebriger Spannung bis zur letzten Minute, wenn man den wahren Mörder erkennt. Obwohl alle drei Akte nichts anderes als die Durchführung ein und derselben Gerichtsverhandlung zeigen, kommt keine Ermüdung oder Langeweile auf, vorausgesetzt, daß das Räderwerk der Verhöre und Plädoyers so tadellos funktioniert, wie es hier unter Josef Stauders Regie geschah; einmal, als Frl. Conradi als vermeintliche Täterin ihren Lebensgang erzählte, taten sich seelische Hintergründe auf und die Herzen der Hörer stockten. Mit Leo Tolstois Bekenntnisdrama **„Und das Licht scheinet in der Finsternis"** machte Stauders ein nicht restlos gelungenes Waagnis, indem er es, aus allem Naturalismus gelöst, in feierlicher Gedämpftheit nur vor dunklen Gardinen spielen ließ und mit stimmungsfördernden Lichtwirkungen, die leise eine Szene in die andere leiteten. Mit Stefan Zweigs blassem Epilog **„Die Flucht zu Gott"**, der Tolstois endgültigen Bruch mit seiner Familie und sein Ende zum Inhalt hat, kehrte das Spiel auf realen Boden zurück, Adalbert Holtz kam aber auch da mit der Hauptfigur nicht ganz zurecht. Das Gastspiel **Friedrich Kayßler-Helene Fehdmer** mit dem ersten Teil von Strindbergs **„Nach Damaskus"**, so bedeutend die schauspielerischen Leistungen der beiden Hauptgestalten auch waren, litt unter den Mängeln einer improvisierten Regie und zeigte außerdem, daß wir heute für diesen verworrenen, endlosen Monolog der Selbstzerfleischung kein Interesse mehr aufbringen. — Das uraufgeführte Stück, das sich wieder einmal frisch weg ein Lustspiel nennt und nach Arvid Lundes Vorlage von **Leo Walter Stein** deutsch bearbeitet wurde unter dem Titel **„Soll man eine berühmte Frau heiraten"**, behandelt die Freiheit und den Anspruch der modernen Frau, durch die Ausübung des Theaterberufes auch während der Ehe mit einem hohen Staatsbeamten die gesellschaftliche Achtung keineswegs einzubüßen. Stein verfügt auch hier wieder über ein unbestreitbares Maß von Bühnenroutine, die ihm zu einem neuen Erfolg verhalf. Gespielt wurde unter Ernst Harts gewandter Leitung recht gut, im Vordergrund Frl. v. Onelli.

Die **Oper** nahm aus dem vergangenen Sommer ein durchaus neuartiges, überaus interessantes Werk von Erwin Dressel herüber, das **„Armer Columbus"** heißt und, in Parallele etwa zu Bernhard Shaws ironisierender Geschichtsdarstellung, den Plan zur ersten Fahrt nach Amerika aller unhistorischen Romantik entkleidet und die von Arthur Zweiniger keck hingeworfene Handlung mit höchst witziger Musik vorbringt. Die Wiedergabe ließ kaum einen Wunsch offen, eine große Gesamtleistung des Operndirektors Lindemann, des Spielleiters Schneider und des mit spürbarer Freude mitgehenden Orchesters. Eugen Fuchs in der Titelrolle und Sigmund Matuszewski als Finanzmann sangen und charakterisierten vortrefflich. Auch die Erstaufführung von Puccinis seltener gespieltem Räuberstück **„Das Mädchen aus dem goldenen Westen"** hatte einen ausgesprochenen Erfolg. Deren, die dieser dickfarbigen Musik mit den weichen Lyrismen der Geiger und den nervenpeitschenden Effekten der Blechbläser widerstandslos verfallen, sind es immer noch viele, und die Aufführung mischte die orchestralen, gesanglichen und szenisch-darstellerischen Elemente in der Tat so vollkommen, daß es Beifall in Menge gab. Unter Kapellmeister Herzfeld spielte das Orchester hervorragend, Dr. Krügers Regie hob die kontrastierenden Stimmungen wirkungsvoll heraus, der begabte Leo Hornecker lieferte phantasievolle Dekorationen. In der Titelpartie stellte sich Franzi v. Dobay vor, ein Temperament mit schauspielerischen Fähigkeiten, eine sinnlich warme, in den hohen Lagen blendende Stimme.

Wird eine neue **Operette** vorgesetzt, ist die Erwartung im allgemeinen aufs bescheidenste Maß zurückzuschrauben. Auch bei Raymonds sogenanntem Singspiel **„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren"** traf es zu. Immerhin hatte die Aufführung unter Max Schlagers musikalischer und Oskar Orths erfinderischer Spielleitung alles so gefällig herausgeputzt daß die reichlich ausgenützten Volks- und Studentenlieder ein vergnügtes Echo fanden.

Die Stadt Nürnberg hat aus Anlaß der Ausstellung im Dürerjahr „Deutsche Kunst der Gegenwart" das Bild des Karlsruher Malers, Prof. Schnarrenberger, „Frau am Meer" für die städtische Galerie Nürnberg erworben.

Sudermann schwer erkrankt. Hermann Sudermann, der im Vorjahre noch geistig frisch und körperlich gesund seinen 70. Geburtstag feiern konnte, ist lebensgefährlich erkrankt. Er mußte ins Sanatorium Fürstenberg bei Berlin übergeführt werden, wo er schwerkrank daniederliegt. Seine linke Körperseite ist vollständig gelähmt.

kommen, ihre Unterstützung zuteil werden lasse. Der Rektor der Universität Freiburg, Geh. Rat Prof. Dr. **Uhlenhuth**, führte aus, daß die **Universität als Pflanzstätte der Wissenschaft** an den Verhandlungen lebhaften Anteil nehme. Sei doch auch die Wissenschaft die feste und sichere Grundlage für zahlreiche bedeutende Industrien. Es sei nur erinnert an die hoch entwickelte chemische Industrie. Welche Summen habe allein die Herstellung des künstlichen Indigos Deutschland eingebracht, die Gewinnung des Stickstoffs aus der Luft, an die Karbidproduktion, die zur Düngstoffbereitung, zur Essigsäure- und Alkoholgewinnung bis zur Herstellung des künstlichen Gummis geführt habe. Der Kampfer werde in Zukunft nicht mehr aus dem Ausland bezogen, sondern auf künstlichem Wege gewonnen. Er erinnert an die beispiellos dastehende Farbenindustrie, an die Herstellung chemotherapeutischer Präparate, alles Mittel, mit denen die deutsche Wissenschaft und Industrie die ganze Welt versorge; weiter an die bahnbrechenden Arbeiten unseres Landsmannes Bergius über die Verflüssigung der Kohle. So habe die Wissenschaft die Industrie und Technik in beispielloser Weise befruchtet. Dankbar müssen wir bekennen, daß die Industrie die Wissenschaft stets weitblickend und zielbewußt, aber auch in eigenem berechtigten Interesse finanziell unterstützt hat. So hat die Industrie in Verbindung mit dem Reich, der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft die Werkstätten der Deutschen Forschung auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft und des Gesundheitswesens in der schlimmen Zeit der Inflation vor dem Untergange bewahrt. Aber heute heißt es mehr denn je von Grund auf **Neues zu schaffen** und die Leistungen deutscher Forscherarbeit aufs höchste zu steigern. Aber dazu brauchen wir nicht nur Persönlichkeiten, sondern auch **Geld** und mit reichen Mitteln ausgestattete **Institute**. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache hat die deutsche Industrie eigene mustergültige Forschungsstätten errichtet, was wir dankbar anerkennen müssen. Um so trauriger steht es aber mit den wissenschaftlichen Instituten der Hochschulen, deren wissenschaftlichen Forschungen die großen Entdeckungen der letzten Jahrzehnte zu verdanken sind, aus denen der wissenschaftliche Nachwuchs auch für die Industrie hervorgegangen ist und immer noch hervorgeht. An den Hochschulen liegen manch wertvolle Kräfte brach, weil ihr Schaffensdrang und ihre Arbeitsfreude durch den Mangel an Staatsmitteln gelähmt ist und es ihnen in einer gewissen Zurückhaltung nicht liegt, sich solche mühsam zu beschaffen, die die Unterrichtsverwaltung — besonders auch hier in **Baden** — nicht aufbringen kann. Mehr noch wie bisher sollte bedacht werden, daß der Aufwand für die Wissenschaft nur verschwindend klein ist im Vergleich zu dem Nutzen, den sie bringt. Kein Geld kann nutzbringender für das allgemeine Beste angelegt werden, als das, was für wahre wissenschaftliche Forschung verwendet wird. Möchte die deutsche Industrie in opferbereiter Fürsorge auch unsere badische Hochschule und ihre Forschungsstätten unterstützen, um die Forschung lebenskräftig zu erhalten, angesichts der hohen Kulturaufgabe, die **Freiburg** als vorgeschobener Posten in der Südwestecke des Reiches an unserem Schicksalsstrom zu erfüllen hat.

Anschließend sprach Präsident **Kipphan** von der Oberpostdirektion Konstanz im Namen des Präsidenten **Lämmlein** von der Oberpostdirektion Karlsruhe. Die deutsche Industrie und die Verkehrsverwaltungen, im besonderen auch die Post, seien ja eng miteinander verknüpft.

*

Der Vorsitzende, Kommerzienrat Stoeß, dankte den Vertretern der Regierung und der Behörden in längeren Ausführungen, worauf das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Verbandes, Dr. **Mieck**, Mannheim, über **„Praktische Exportförderung"** einleitend sprach und gleichzeitig einen kurzen Überblick über eines der verschiedenen Tätigkeitsgebiete des Verbandes, nämlich dessen exportfördernde Tätigkeit gab.

Die Konkurrenzfähigkeit einer Ware im Inland und Ausland sei in erster Linie abhängig von Preis und Qualität (Qualität als solcher und Geschmacksanpassung). Der Preis ergebe sich vornehmlich aus den Gestehungskosten, auf die der Redner dann näher einging. Qualität bedeute aber nicht allein Haltbarkeit, Gediegenheit, Brauchbarkeit, Leistungsfähigkeit usw. einer Ware, sondern Qualität im weiteren Sinne bedeute namentlich im Überseeexport auch Ausstattung, Geschmacksanpassung usw. Zu zweckentsprechendem Einkauf, bester und möglichst billiger Fabrikation müsse aber ein wichtiges weiteres Glied kommen, **die bestmöglichste Organisation des Verkaufes**. Auch die wichtige Transport- und Frachtenkostenfrage beleuchtete der Redner. Grundlage und erstes Erfordernis sowohl bei Einkauf, wie bei Produktion und bei Verkauf und evtl. Kreditierungsnotwendigkeit sei natürlich das Kapital, die Ermöglichung neuer Kapitalsbildung, **die Kapitalsbeschaffung**: Das Vorhandensein des nötigen Betriebskapitals. Die Verbesserungsmöglichkeit und Verbilligung der Produktion hänge zu einem wesentlichen Teil bei uns ab von der Minderung und Milderung der der Industrie auferlegten weitgehenden Belastung.

Hierauf berichtete der Redner eingehend über die die Interessen der Mitglieder unterstützende und fördernde Tätigkeit des Verbandes in handelspolitischen Fragen und die praktische ausfuhrfördernde Tätigkeit der Exportstelle des Verbandes. Er behandelte anschließend die wichtige Frage geeigneter Vertreter im Auslande und der zweckentsprechenden Auslandsreklame mit dem Ziele der Exportförderung. Er wies auf die exportfördernde Tätigkeit des Verbandsorganes „Süddeutsche Industrie" und des von der Exportstelle des Verbandes herausgegebenen Exportadreßbuches der badischen und südwestdeutschen Industrie hin, welche nicht nur im Verbandsgebiet weit verbreitet seien, sondern auch in fast alle Länder der Welt gelangten. Als der praktischen Exportförderung dienlich behandelte er ferner die Frage der Beschickung ausländischer Ausstellungen und Messen, die Herstellung und Versendung geeigneter und den ausländischen Geschmacksrichtungen angepaßter Kataloge in den in Betracht kommenden Fremdsprachen.

Der Referent ging dann auf die wirtschaftlich schädlichen Auswirkungen der nunmehrigen Grenzlandeigenschaft Badens näher ein und betonte, daß zur Förderung der Absatzverhältnisse der badischen und südwestdeutschen Industrie von den Mitgliedern auch im Zusammenhang hiermit dringend **frachtliche Besserstellung und steuerliche Entlastung** gefordert werde. Statt eines Gläubigerlandes, wie es Deutschland vor dem Kriege war, sei Deutschland ein Schuldnerland geworden, und Deutschland habe nicht mehr in eigenen Kolonien Rohstoffquellen und sichere Abnehmer. Unsere badische und südwestdeutsche Industrie sei in der Hauptsache verarbeitende und Exportindustrie. Für eine Erleichterung und Steigerung des Exportes seiner Mitglieder zu sorgen und zu kämpfen, werde und müsse daher auch in Zukunft eine der wesentlichsten Aufgaben des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller sein.

*

Dann sprach Gouverneur z. D. Dr. **Schnee**, M. d. R., Berlin, über **„Rohstoffversorgung und Kolonialbesitz"**. Der Vortragende wies an Hand von Zahlen über die Ausfuhr von Rohstoffen aus den unter fremde Mandatsverwaltung gestellten deutschen Kolonien nach, daß bereits jetzt ein erheblicher Teil der deutschen Einfuhr in Kolonialrohstoffen aus diesen Kolonialgebieten gedeckt werden könnte. Der inzwischen erfolgten Wiederzulassung von Deutschen in die Mndatsgebiete müsse die Übertragung von Kolonialmandaten folgen. Der Wiedereintritt Deutschlands in die überseeische Kolonisation sei eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk.

Im Anschluß an den mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag faßte die Generalversammlung einstimmig eine **Entschließung** zur Kolonialfrage, in der die Wiedererlangung deutschen Kolonialbesitzes für unbedingt notwendig bezeichnet wird zur Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit kolonialen Rohstoffen, für deren Bezug sie gegenwärtig ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist, sowie auch zur Sicherung von Absatzgebieten für die deutsche Industrie.

*

„Chinesische und ostasiatische Wirtschaftsfragen" war das Thema, über das sodann der Geschäftsführer des Ostasiatischen Vereins Hamburg-Bremen, Reg.-Rat Dr. F. W. **Mohr**, Hamburg, referierte. Er gab zunächst einen Überblick über die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in China und Japan, die in Japan trotz der Armut an Bodenschätzen zu einer Industrialisierung geführt habe, die Japan heute zur herrschen Industriemacht in Asien machte. China dagegen habe sich jahrzehntelang derartigen Bestrebungen gegenüber ablehnend verhalten, obwohl der Reichtum an Bodenschätzen aller Art eine Industriealisierung an sich stark begünstigt hätte. So sei China heute noch zu 90 Prozent Agrarstaat. Den beginnenden Aufbau der chinesischen Wirtschaft müsse Deutschland und die deutsche Industrie aufmerksam verfolgen, um sich einen entsprechenden Anteil zu sichern, den die maßgebenden chinesischen Kreise Deutschland nicht vorenthalten wollen.

Professor Dr. Otto **Goebel**, ord. Professor an der Technischen Hochschule Hannover, hielt einen Vortrag über **„Die Bedeutung Südamerikas für den Export der badischen und südwestdeutschen Industrie"**. Dort sei allgemeine Umstellung auf das nordamerikanische Zivilisationsideal festzustellen. In Brasilien sei schon eine recht beachtenswerte Industrie entstanden. Die Folge seien Verschiebungen für die deutsche Einfuhr, die an Stelle bisheriger Massenfabrikate mehr und mehr auf die Einfuhr von Qualitätserzeugnissen verwiesen werde. Dazu kämen in steigendem Maße Produktionsmittel für die entstehende Industrie. Es handele sich also auf lange hinaus noch um an sich gute Aussichten für den deutschen Export. Auf vielen Gebieten sei ein besseres Zusammengehen deutscher Firmen erwünscht, damit sie sich nicht unnötigen gegenseitigen Wettbewerb machen. Der Vortragende führte eine ganze Reihe von Beispielen für die Verschiebungen im südamerikanischen Bedarf an unter spezieller Bezugnahme auch auf typische Ausfuhrartikel der südwestdeutschen Industrie.

Der Vorsitzende, Kommerzienrat **Stoeß**, dankte nochmals allen Rednern, und schloß den offiziellen Teil der Tagung.

Aus der badischen Industrie

80. Geburtstag eines badischen Holzindustriellen. Der Seniorchef und Gründer der Firma Josef Himmelsbach, Holzgroßhandlung und Holzimprägnieranstalt, Sitz Freiburg i. Br., **Josef Himmelsbach**, konnte am Mittwoch in Freiburg in aller Frische seinen **80. Geburtstag** feiern. Die Firma, das Lebenswerk Josef Himmelsbachs, ist eine der größten der Holzbranche des ganzen Kontingents. Aus kleinen Anfängen hat sie J. Himmelsbach zu ihrer jetzigen Größe ausgebaut. Bis 1907 war Kommerzienrat Himmelsbach alleiniger Inhaber, dann wurde sie in eine Gesellschaft umgewandelt. Die Firma unterhält Verkaufsniederlagen in Mülheim a. d. Ruhr und in Madrid, größere Betriebe befinden sich in Hölzlebruck (Schwarzwald), Ummendorf (Wttbg.), Nidda und Eichelsdorf (Hessen). Alle Werke bestanden schon in der Vorkriegszeit.

Lebhafte Beschäftigung in der oberbadischen Textilindustrie. Infolge des Streiks der Textilindustrie im Rheinland ist, wie aus **Weil-Leopoldshöhe** berichtet wird, die Nachfrage nach Seidenwaren bei der oberbadischen Textilindustrie lebhaft geworden. Die Firmen, die schon länger mit Betriebseinschränkungen arbeiten mußten, haben alle Überstunden eingelegt. So z. B. auch die Firma Schwarzenbach in Friedlingen, wo außerdem der Beginn der Arbeitszeit eine halbe Stunde früher gelegt wurde.

Aus den Parteien

Die Wahlkreiskonferenz der **Zentrumspartei** im Wahlkreis **Oberkirch** stellte als Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen 1929 den bisherigen Landtagsabgeordneten und Bürgermeister **Engelhardt**, Nußbach, auf, dem an zweiter Stelle Pflugwirt Josef **Huber**, Löcherberg, folgt.

Tagungen

Tagung des Reichsbundes akademisch gebildeter Landwirte. Anläßlich der Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft trat in **Heidelberg** der Reichsbund der akademisch gebildeten Landwirte zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Oberlandwirtschaftsrat **Weisner** von der Badischen Landwirtschaftskammer wies in seinem Vortrag „Der akademisch gebildete Landwirt im Dienst der Volkswirtschaft" darauf hin, daß der akademische Landwirt die Aufgabe habe, für die geistige Mobilisierung der Landwirtschaft einzutreten.

Von der Direktorenkonferenz der Meteorologischen Institute

Auf der am 9. und 10. Oktober auf Einladung der Württembergischen Landeswetterwarte in **Stuttgart** tagenden Direktorenkonferenz der Deutschen Meteorologischen Institute wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die in Stuttgart tagende Konferenz der Direktoren der Deutschen Meteorologischen Institute stellt mit Dank die große Hilfe fest, welche die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft auch der meteorologischen Forschung hat angedeihen lassen, und bittet das Präsidium derselben, für weitere Bereitstellung von Mitteln Sorge tragen zu wollen, da ein Ende der Not der wissenschaftlichen Institute bei der heutigen Finanzlage der Länder nicht in naher Aussicht steht." — Der Vorsitzende wurde beauftragt, diese Kundgebung allen beteiligten Stellen, besonders der Reichsregierung und dem Reichstag, zur Kenntnis zu übermitteln.

Einweihung der Vogelwarte Mettnau. Am Samstagnachmittag versammelten sich im Scheffelschlößchen bei Radolfzell, der jetzigen **Vogelwarte Mettnau**, eine Reihe von Persönlichkeiten, um die Vogelwarte auf der Mettnau ihrer Bestimmung zu übergeben. Neben Vertretern der Behörden aus Stadt und Bezirk waren Vogelschutzkreise besonders vertreten. Auch der Dichter Ludwig **Finckh**, Gaienhofen, war erschienen. Auf der Treppe zum Eingang in das Scheffelschlößchen übergab der Vorsitzende des Vereins für Vogelschutz, **Mittelbach**, Stuttgart, die Vogelwarte in die Obhut der Stadt Radolfzell. Er dankte den Frauen und Männern, die sich um das Zustandekommen dieser für die Vogelforschung hoch bedeutsamen Einrichtung verdient gemacht haben, insbesondere dem Leiter der Vogelwarte, Dr. **Floericke**. Bürgermeister **Blesch**, Radolfzell, gab im Namen der Stadt das Versprechen, die Einrichtung der Vogelwarte stets in treuer Obhut zu halten. Am Schluß der schlichten Feier fand ein Rundgang durch die Vogelwarte mit ihren schönen Sammlungen statt.

Die Heidelberger Tagung der DLG.

In der am Mittwoch abgehaltenen Hauptversammlung der DLG. in Heidelberg, über deren Verlauf bereits kurz berichtet wurde, und der auch Staatspräsident Dr. **Remmele** beiwohnte, referierte Landwirtschaftskammerdirektor Dr. von **Engelberg**, Karlsruhe, über **aktuelle Förderungsprobleme der Badischen Landwirtschaft.**

Baden mit seinen großen klimatischen Verschiedenheiten (vom Weinklima über Tabak und Edelobstbau hinweg bis über die Baumgrenze hinaus) zeigt eine starke **Zersplitterung des Besitzes** in der Zahl der Betriebe überhaupt (insgesamt über 250 000 bei insgesamt kaum 1 Million Hektar bewirtschafteter Fläche). 150 000 Betriebe haben unter 2 Hektar Land und geben kaum den Unterhalt für die Familie des Landwirts. Seine Angehörigen müssen vielfach anderweitig Arbeit suchen. Entweder in fremden Betrieben oder durch Hebung und Förderung von **Spezialkulturen**: Weinbau, Obstbau, Feldgemüsebau, Tabak, Hopfen und Zichorienbau. Der Absatz der kleinen Überschußernten ist besonders schwierig und nötigt zu genossenschaftlicher Arbeit. Besonders schwierig stellt sich die **Milchviehhaltung** mit der Anlieferung kleinster Mengen Milch aus vielen einzelnen Ställen. So bezieht die Mannheimer Milchzentrale ihren täglichen Milchbedarf von zirka 90 000 Liter aus 11 000 Ställen. Von der Tierhaltung wird natürlich der Blick auf die Futterfrage gelenkt. Das besonders günstige Grünlandverhältnis des Landes Baden darf hervorgehoben werden.

Frhr. **Böcklin von Böcklinsau** sprach über **„Melioration in Baden"**.

Die Frage der Melioration in Baden ist von ganz besonderer Bedeutung, denn es handelt sich bei den in Betracht kommenden Betrieben fast ausschließlich um kleinbäuerlichen Besitz (durchschnittliche Betriebsgröße 2,5 Hektar) mit größerer Viehhaltung. In Betracht kommen zwei Arbeitsgebiete. Das versumpfte Gelände der Rheinebene mit 40 000 Hektar und die Schwarzwaldweiden mit ebenfalls rund 40 000 Hektar, 10 Prozent der wirtschaftlichen Fläche des Landes.

Die Melioration in der **Rheinebene** ist so organisiert, daß die staatlichen Kulturbaubehörden die Entwässerung vornehmen, dann setzt die Landwirtschaftskammer mit einem eigens dazu bestellten Beamtenstab und Maschinenpark ein. Das Gelände bleibt 4 Jahre unter Aufsicht der Landwirtschaftskammer, unter Mitwirkung der örtlichen Ökonomieräte, bis die Wiese erster Klasse fertiggestellt daliegt. Die notwendigen Kredite werden teils aus Reichs- teils aus Landesmitteln bereitgestellt. Mit den Landeigentümern, die entweder die Gemeinden oder zu Meliorationsgesellschaften zusammengeschlossene Kleinbesitzer sind, werden langfristige Rückzahlungsfristen vereinbart. Die vorliegenden Erfahrungen haben erwiesen, daß das Unternehmen **außerordentlich wirtschaftlich und segensreich ist.** Durch die Melioration **wird ein Siedlungswerk bester Form** ausgeführt. Von ganz besonderer Bedeutung ist, daß in den kleinbäuerlichen Wirtschaftsbezirken jahrelang eine mustergültige Beispielswirtschaft betrieben wird.

Bei der Verbesserung der **Schwarzwaldweiden** handelt es sich darum, sowohl bei Gemeindeweiden, wie bei Privatweiden von Grund auf neueste Weidetechnik einzuführen. In den wichtigsten Weidegebieten ist in den letzten Jahrzehnten die Viehhaltung um 18 bis 20 Prozent zurückgegangen. In einem der größten Weidegebiete wurde die durchschnittliche Milchleistung mit 2½ Liter je Kuh und Tag festgestellt. Obwohl die Verbesserung der Schwarzwaldweiden immer noch im Versuchsstande ist, konnten durch wirtschaftliche Erfolge in Gestalt einer bedeutenden Zunahme des Lebensgewichtes des Weideviehs erzielt werden.

*

Die **Arbeitsgemeinschaft für Versuchsringwesen** hielt im Rahmen der Heidelberger Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft unter Leitung von Rittergutsbesitzer **Reinhard**, Burgwerben, eine Versammlung ab, in der u. a. eine Entschließung gegen die Angliederung chemischer Laboratorien an die Versuchsringe gebilligt wurde.

Über **„Die badischen Versuchsringe"** berichtete der Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. **Graf Douglas**, wobei er die besondere Bedeutung des Versuchsringwesens in Baden zur Förderung der zahlreichen Kleinbetriebe betonte. In Baden arbeiten insgesamt 29 Versuchsringe in 850 Gemeinden, und zwar umfassen sie 2050 Versuchswirtschaften für die verschiedensten Betriebsarten.

In einem weiteren Vortrag: **„Technischer Aufbau der deutschen Versuchsarbeit"** kennzeichnete der stellvertretende Geschäftsführer des Verbandes der Ostpreußischen Versuchsringe, Diplomlandwirt **L. Heller**, Königsberg, die Entwicklung des Versuchsringwesens, das einen möglichst hohen Grad privater und volkswirtschaftlicher Wirkung haben müsse. Der Aufbau der Ringtätigkeit setzt sich in allen Fällen zusammen aus den Einzelarbeiten bei Versuchsanstellung und -auswertung, aus der Verwertung dieser Versuche und der allgemeinen Tätigkeit der Versuchsringe, aus der organisatorischen Gestaltung der einzelnen Ringgebilde und endlich aus der Zusammenfassung und Nutzbarmachung ihrer Arbeitsergebnisse in leitenden Zentralstellen. Die deutschen Versuchsringe führen augenblicklich im Jahr 25 000 bis 35 000 Versuche durch, weshalb durch einen planvollen Aufbau aller Arbeiten eine Zusammenfassung der gesamten Erfahrungen erreicht werden muß.

Aus der Landeshauptstadt

Die Rheinfahrten ab Karlsruhe. Ein Rückblick auf die Frequenz der Rheinfahrten, die der hiesige Verkehrsverein seit Errichtung des Landungssteges im Nordbecken des Karlsruher Rheinhafens im vergangenen Sommer ermöglicht hat, ergibt äußerst günstige Ergebnisse. In den wenigen Monaten, die für die Rheinfahrten in Betracht kamen, wurden gegen 9000 Personen, darunter Vereine und Schulen, befördert, zum größten Teil von den Schiffen der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt, aber auch eine beträchtliche Anzahl vom Motorsalonboot „Enderle von Ketsch". Mit diesem Resultat darf der Beginn des Personenverkehrs ab Karlsruhe als vielversprechend betrachtet werden.

Tierschutzverein. Auf der kürzlich abgehaltenen Spätjahrshauptversammlung des Vereins hielt der Vorsitzende Dr. **Eberbach** einen sehr interessanten Vortrag über „Fortpflanzung und Ernährung als Probleme des Tierschutzes", der allgemeinen Beifall fand. Dann wurde über die Frage der Errichtung eines **Tierheimes** verhandelt und die Notwendigkeit betont, daß die Stadt für die Errichtung eines Tierheimes durch Erweiterung der vorhandenen Sammelstelle für herrenlose Hunde Sorge trage. Der Verein erklärt sich, wenn nötig, bereit, einen einmaligen Beitrag bis zur Höhe von 2000 RM zu leisten. Dieser in Anbetracht der geringen Mittel des Vereins sehr hohe Beitrag soll in erster Linie ein Beweis dafür sein, wie notwendig die Errichtung eines Tierheimes erachtet wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das gestern erwähnte ozeanische Tief hatte einen wohlentwickelten Teilwirbel abgestoßen, der jedoch über der Ostsee liegt. Die südwärts gewanderten Randwellen haben bei ihrem Durchzug doch noch Einfluß bis zu den Alpen erlangt und damit auch unserem Gebiet geringe Regenfälle gebracht. Bei der lebhaften, z. T. stürmischen Luftbewegung stieg die Temperatur auf 14 Grad an. Da das Hoch noch in beträchtlicher Stärke über dem südlichen Festlande liegt und sich zunächst über Westeuropa erneut hoher Druck aufwölbt, rechnen wir wieder mit vorübergehender Besserung. Ein weiterer ozeanischer Sturmwirbel hat sich inzwischen wohl der irischen Küste genähert, seine Sturmvorderseitenwinde werden jedoch seine Fortbewegung verzögern. **Wetteraussichten für Freitag:** Vorübergehend wieder aufheiternd, fortdauernd sehr mild.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim**, 17. Okt. Am gestrigen Schlußtage des **Panzerkreuzervolksbegehrens** trugen sich in Mannheim 1861 Personen ein. Das vorläufige Gesamtergebnis beträgt, wie das Städt. Nachrichtenamt auf Anfrage mitteilt, 8847 Stimmen.

DZ. **Mannheim**, 17. Okt. In der hiesigen **Gewerbeschule** fiel in einer Klasse während des Unterrichts plötzlich ein **Revolverschuß**, wobei ein Schüler ins Bein getroffen wurde. Der Revolverheld wurde nach dem Bezirksamt gebracht.

bld. **Heidelberg**, 17. Okt. Als am Dienstagabend **nach Schluß der Turnstunde** der 11jährige Volksschüler Keller mit mehreren anderen Turnern ein **Turnpferd** wegstellen wollte, fiel dieses um und ihm auf die Brust. Der Schüler trug eine Verletzung der Lunge davon, die seinen sofortigen **Tod** zur **Folge hatte.**

DZ. **Reilingen** (Schwetzingen), 17. Okt. In der Nacht zum Dienstag wurde in **das Rathaus eingebrochen.** Im Dienstzimmer der Gemeindekasse bohrte der Einbrecher den Kassenschrank an. Der Schrank hielt jedoch dem Einbruch stand. In dem Schrank befanden sich 20 000 RM. Bereits im Jahre 1927 war ein ähnlicher Einbruch ins Rathaus verübt worden. Auch damals konnte der Einbrecher den Schrank nicht öffnen.

bld. **Pforzheim**, 17. Okt. Hier haben 545 Personen sich in die Liste für das **Volksbegehren** gegen den Panzerkreuzerbau eingetragen. Es sind dies 1,8 Proz. der Gesamtbevölkerung der Stadt.

DZ. **Bühl**, 17. Okt. **Die freiwillige Feuerwehr Bühl** konnte dieser Tage ihr **70jähriges Jubiläum** feiern. Bürgermeister Dr. **Grüninger** wurde in Anerkennung seiner Verdienste um das Feuerwehrwesen der Stadt zum außerordentlichen Ehrenmitglied ernannt.

DZ. **Waldulm**, 17. Okt. Zur Zeit sind die hiesigen Bewohner mit der **Weinlese** beschäftigt. Der Neue ist vorzüglich geraten. Einzelne Winzer stellten bis 98 Grad nach Öchsle fest. Der Menge nach haben viele Rebstöcke enttäuscht. Man hat die Gründung einer Waldulmer Winzergenossenschaft beschlossen.

DZ. **Freiburg** i. Br., Am Montag dieser Woche fand eine Versammlung der Vertreter der vereinigten Männergesangvereine Freiburgs zur Bildung des **Festausschusses** und der erforderlichen Unterausschüsse für das **badische Bundessängerfest 1929 in Freiburg** statt. Zum ersten Präsidenten wurde der städtische Finanzdirektor Ferdinand **Zimmerer**, zum zweiten Präsidenten Amtsgerichtsdirektor Dr. **Mayer** und zum dritten Präsidenten Studienrat **Schorb** gewählt. Ferner wurden die Vorsitzenden der einzelnen Unterausschüsse bestimmt und beschlossen, in einer demnächstigen Sitzung den Presseausschuß für das badische Bundessängerfest 1929 zu bilden.

WTB. **Buggingen** (A. Mühlheim), 18. Okt. Im **Kalibergwerk Buggingen** ereignete sich heute früh ½8 Uhr ein **schwerer Unfall.** In einem Abbau stürzte eine mehrere Quadratmeter große, etwa 15 Zentimeter starke Salzschale aus zwei Meter Höhe ab und **begrub einen Steiger und fünf Arbeiter** unter sich. Von den Verunglückten wurde der Arbeiter Adolf Schlegel aus Niederrimsingen **getötet.** Vier weitere Arbeiter und der Steiger Schleuser wurden verletzt. Der tödlich Verunglückte ist ledig. Drei Verletzte wurden nach Freiburg übergeführt.

DZ. **Lörrach**, 17. Okt. **Der Landesverein Badische Heimat** e. V., veranstaltet in der Zeit vom 7. bis 10. November in Lörrach einen Heimatkurs, für den bereits bekannte Persönlichkeiten als Redner gewonnen werden konnten. Die Vorbereitungen sind bestens im Gang, so daß auch dieser Heimatkurs sich erfolgreich an den letzten, der in Säckingen stattfand, anschließen wird.

WTB. **Stuttgart**, 18. Okt. Auf tragische Weise kam in der vergangenen Nacht im Haus Schützenstraße 33 **eine fünfköpfige Familie ums Leben.** Ein Stockwerk darunter war eine Familie neu zugezogen und hatte den **Gasschlauch** am Herd der Küche nicht richtig befestigt. Das Gas strömte nachts aus und drang in das obere Stockwerk. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Ein Todesurteil in Italien. Das Sondergericht zum Schutze des Staates hat, wie aus **Mailand** gemeldet wird, auf Grund des faschistischen Ausnahmegesetzes sein erstes Todesurteil gefällt. Der Prozeß fand im toskanischen Städtchen **Lucca** statt, in dessen Nähe zwei Faschisten, ein Schneider und ein Fuhrmann, von dem Kommunisten della Maggiore aus Haß gegen das Regime erschossen worden sind. Der Täter war vor Jahren nach Frankreich geflüchtet und dann heimlich zurückgekehrt. Der Staatsanwalt betonte, die Ermordung der beiden Faschisten stelle ein Attentat auf das Regime und die Sicherheit des Staates dar. Der Angeklagte wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Ein Mitangeklagter wurde zu 18 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil ist gestern vollstreckt worden.

Chamberlin in Cottbus

WTB. **Cottbus**, 18. Okt. (Tel.) Der Flieger **Chamberlin** hat heute die Stelle seiner Landung nach dem Transozeanflug im Juni vorigen Jahres besucht.

„Institut für blinde Passagiere"

Der Kriminalpolizei von Bremerhaven gelang es, ein in einem dortigen kleinen Hotel befindliches „Institut für blinde Passagiere" auszuheben. Gegen stattliches Honorar verschafften dort drei italienische Agenten Auswanderern, namentlich Italienern, Gelegenheit, als blinde Passagiere nach den Vereinigten Staaten zu kommen. An Bord eines Schiffes konnte die Kriminalpolizei noch 13 bereits eingeschmuggelte blinde Passagiere festnehmen.

Staatsanzeiger

Dem Gemeinderat Donaueschingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Pferdelotterie erteilt.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1928.

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. Scheffelmeier.

Bezirksarztstelle Neustadt.

Die Bezirksarztstelle in Neustadt ist neu zu besetzen. Bewerbungen sind binnen 3 Wochen hier einzureichen.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1928.

Der Minister des Innern
J. A.: Scheffelmeier.

Dem Hauptverband bayerischer Frauenvereine in München wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 16. Oktober 1928.

Der Minister des Innern
J. A.: v. Babo.

Maul- und Klauenseuche

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte ist am 15. Oktober 1928 im Lande Baden nur die Gemeinde Leutesheim (Amtsbezirk Kehl) verseucht.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1928.

Badisches Statistisches Landesamt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Otto **Mayer** in Pforzheim zum Ersten Medizinalrat als Bezirksarzt.

Zum Gendarmerieoberwachtmeister Gendarmeriehauptwachtmeister Friedrich **Marx** in Untersimonswald, Amt Waldkirch.

Versetzt in gleicher Eigenschaft:

Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Kurt **Walther** in Neustadt nach Baden.

Versetzt:

Die Landesökonomieräte **Lienhard** von Boxberg nach Tauberbischofsheim und **Traut** von Rheinbischofsheim nach Boxberg.

Zurruhegesetzt auf Ansuchen:

Gendarmeriekommissär Peter **Merk** in Schwetzingen.

Badische Lichtspiele
Konzerthaus

Freitag, den 19. bis Mittwoch, den 24. Oktober
jeweils 20.15 Uhr
Sonntag, den 21. Oktober **keine Vorführung**

„Das Haus der Lüge"

Nach dem Drama „Die Wildente" von Ibsen

Musikbegleitung

Jugendliche unter 16 Jahren haben keinen Zutritt
Kartenvorverkauf: J.7

Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße.

Bekanntmachung.

Zwecks Durchführung der Zwangsbeitreibungsgeschäfte bei Forderungsrückständen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe in Karlsruhe wird gemäß § 404 Abs. 4 der Reichsversicherungsordnung, § 8 der Verordnung über die Beitreibung von Forderungen der Anstalten der Reichsversicherung und der Innungen vom 27. Oktober 1923 in der Fassung der Verordnung vom 3. Januar 1925 (Ges. u. VO.Bl. S. 10) der Erheber Nikolaus Bitsch in Karlsruhe mit sofortiger Wirkung als weiterer Vollziehungsbeamter bestellt.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1928. O.-Z. 97

Badisches Bezirksamt — Versicherungsamt.

Holzwertanleihe der Stadtgemeinde Böhrenbach.

Festsetzung des am 1. November 1928 fälligen Zinsbetrages für die 6%ige Holzwertanleihe.

Das staatliche Forstamt Furtwangen hat den Durchschnittspreis für 1 fm Fichtennutzholz III. Klasse für den der Zinsberechnung zugrunde zu legenden Zeitabschnitt auf 32,12 RM festgestellt. Hieraus berechnet sich der Geldwert für die am 1. November 1928 fälligen Jahreszinsen aus der 6%igen Holzwertanleihe der Stadtgemeinde Böhrenbach auf 1,93 RM je fm.

Es werden somit die am 1. November 1928 fälligen Zinsscheine nach Abzug von 10% Kapitalertragsteuer wie folgt eingelöst: J.5

1 Zinsschein zu den Stücken Lit. A über 5 fm mit 8,70 RM
1 Zinsschein zu den Stücken Lit. B über 2 fm mit 3,48 RM
1 Zinsschein zu den Stücken Lit. C über 1 fm mit 1,74 RM
1 Zinsschein zu den Stücken Lit. D über ½ fm mit 0,87 RM
1 Zinsschein zu den Stücken Lit. E über ¼ fm mit 0,44 RM.

Die Einlösungsstellen sind auf den Zinsscheinen verzeichnet.

Böhrenbach, den 16. Oktober 1928.

Der Bürgermeister:
J. V.: Kleiber.

Baugenossenschaft Söllingen e. G. m. b. H. i. L.

Bilanz vom 1. Januar bis 30. September 1928.

Aktiva:	RM	Passiva:	RM
1. Miethäuser	16 000,—	1. Geschäftsanteile	4 596,56
2. Baugelände	133,85	2. Gesetzliche Rücklagen	770,36
3. Guthaben, Landw. Bank	2 568,20	3. Hilfsrücklagen	465,36
4. „ , Spark. Söllingen	426,32	4. Amortisationskonto	960,—
5. Kassenkonto	7,06	5. Reparaturenkonto	1 077,26
		6. Umstellungskonto	8 853,92
		7. Aufwertungshypothek	1 523,25
		8. Erträgnis	888,72
	19 135,43		19 135,43

Gewinn und Verlustrechnung.

Soll:	RM	Haben:	RM
1. Unkosten	257,48	1. Mieten	1 065,—
2. Gewinn	888,72	2. Zinsen	81,20
	1 146,20		1 146,20

Söllingen, den 1. Oktober 1928. J.4.

Liquidatoren:
Ch. Hch. Kußmaul. Wenz, Bürgermeister. Karl Mall.

Öffentliche Verbandssparkasse Todtnau

(Bezirkssparkasse)

Gegründet am 1. Oktober 1925

2. Geschäftsjahr

Bilanz per 31. Dezember 1927

Aktiva	RM	Passiva	RM
1. Kasse	11 000,44	1. Spareinlagen und Depositen	324 198,11
2. Postscheck	1 805,61	2. Kontokorrentguthaben	171 070,52
3. Wechsel und Schecks	14 117,10	3. Anlehen	78 508,15
4. Sorten und Kupons	122,—	4. Neubaufonds	2 000,—
5. Banken	22 824,90	5. Rücklage für Geschenksparbücher	300,—
6. Darlehen an öffentliche Körperschaften	44 518,45	6. Gesetzliche Rücklagen:	
7. Kontokorrente	187 266,88	a) 1925 . . 500,16 RM	
8. Hypothekendarlehen	309 581,30	b) 1926 . . 6 500,— „	
9. Inventar	2 581,54	c) 1927 . . 10 741,28 „	17 741,44
10. Avale	16 590,36	7. Aval. Akzeptkonto	16 590,36
	610 408,58		610 408,58

Der Umsatz im Jahre 1927 betrug 18 000 000 RM

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus den Einlagen 324 198,11 . . . . = 25 935,84 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahrs 1927 . . . 17 741,44 „
somit weniger . . 8 194,40 RM

Todtnau, den 19. März 1928. N.906

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Huber, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Feltes, Sparkassenverwalter.

Für die tägliche Körperübung der Frau

Bleibe jung. Tägliche Körperübungen der Frau. Von Luise Neyber u. Else Wirminghaus. 3. Auflage. 64 Seit. mit 37 Abb. v. Hedwig Carlson u. 1 Tafel. 1,50 RM

AUS DEM INHALT:

Allgem. Ziele und Vorbedingungen für die tägl. Körperübung der Frau
Die tägliche Übungsfolge:
1. Der Zweck der einzelnen Übungen
2. Die Ausführung der Übungen (mit Übungstafel und 37 Abbildungen
Frottierübungen
Winke für besondere Verwendung von Übungen
1. Bei Körperfehlern und Funktionsstörungen
2. Zur Bekämpfung einiger Unregelmäßigkeiten und Beschwerden
3. Ergänzungsübungen
Anhang: Vergrößerte Übungstafel

Diese Übungsfolge bedeutet kein neues »System«, sondern eine Zusammenstellung von Übungen, die für jede Frau, soweit sie organisch gesund ist, geeignet sind. Sie wollen für die tägliche Durcharbeitung des Körpers das Notwendigste bieten und in möglichst knapp bemessener Zeit die vorteilhafteste Wirkung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung erzielen.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Pforzheim verpachtet am **Montag, den 5. November d. J., nachmittags 2 Uhr,** auf dem Seehaus im Hagenschieß bei Pforzheim das Jagdrecht im Jagdbezirk I und II der Gemarkung Hagenschieß auf die Dauer von 6 Jahren und zwar:

Distrikt I: nördlich der Wurmbergerstraße mit etwa 140 ha Feld und 696 ha Wald, zusammen 836 ha.

Distrikt II: Zwischen Wurmberger- und alten Tiefenbronner Straße mit rund 1140 ha Wald.

Pachtbedingungen liegen auf dem Forstamt hier zur Einsicht auf, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird. N.907

Badisches Landestheater

Freitag, 19. Oktober
*F 6 Th.-Gem. 601—700

Armida

Oper von Gluck
Dirigent: Krips
Mitwirkende:
Blank, Fanz, Schneider, Magda Strack, Löser, Nentwig, Oerner, Rühr, Theo Strack, Waldmann

Anfang 20 Ende 22

Preise C (1,00—7,00 RM)

Sa., 20. Okt., **Das Weib des Jephta.** So., 21. Okt., nachmittags: **Carmen.** abends: **Mona Lisa.**

Im Konzerthaus:
Arm wie eine Kirchenmaus.
Mo., 22. Okt., 2. Sinfoniekonzert.

Druck G. Braun, Karlsruhe